

POLITISCHE ABTEILUNG I
p.B.15.21.Can.(6).-JE

Bern, 6. Juni 1990

(5)

NOTIZ AN:


- OG 14. Juni 90 - 16
- Politische Abteilung III
 - Politisches Sekretariat
 - Integrationsbüro EDA/EVD
 - EVD BAWI
 - Kopie an: JAC
 (mit Beil) SIN
 RA
 JE

Schweiz. Botschaft Ottawa

Offizieller Besuch Botschafter J. Staehelin in Ottawa,
 Gesprächsnotizen

In der Beilage erhalten Sie drei Gesprächsnotizen,
 welche anlässlich des randvermerkten Besuches erstellt
 wurden und deren Inhalt für Sie von Interesse ist.

POLITISCHE ABTEILUNG I



J. C. A. Staehelin

Beilagen erwähnt.

OG 14. Juni 90 - 16

331.0 - BR/DS

Ottawa, 1. Mai 1990

Aktennotiz

Gespräch mit Jacques S. Roy,
Assistant Deputy Minister, Europe Branch/MAE
 (Ottawa, 26. April 1990)

Roy (R.):

Was hält die Schweiz von der Idee, den Europarat für Staaten wie Kanada zu öffnen ?

Stahelin (SIN.):

umschreibt Aufbau und Funktionsweise des Europarates als Wahrer demokratischer Werte und Hüter der Menschenrechte. Das Interesse der osteuropäischen Staaten, dem Europarat beizutreten, ist bemerkenswert: eine Aufnahme kommt der Anerkennung ihres Verhaltens bezüglich Demokratie und Menschenrechten gleich. Nach schweizerischer Auffassung sollte sich die neue Architektur Europas möglichst auf bestehende und bewährte Strukturen stützen und neue Organisationen nur im Notfall schaffen. (Deshalb soll der Europarat seine Tätigkeit nicht auf wirtschaftliche Fragen und Sicherheitsaspekte ausdehnen, da es für beide Bereiche bereits Gefässe gibt). Mittels neuer Statuten sollte den USA, Kanada und der Sowjetunion eine Assoziation zum Europarat ermöglicht werden. SIN unterstreicht, bei der Initiative von Nationalrat Sager handle es sich nicht um eine offizielle schweizerische Initiative, sondern um einen diskussionswürdigen Vorschlag eines Parlamentariers, der im Europarat eine wichtige Funktion ausübe.

R.:

NR Peter Sager war mit einer Delegation des Europarates hier. Wir erfuhren, dass verschiedene Abgeordnete in Strassburg sich nicht mit einer Art Assoziierungsstatut befreunden können. Kanada steht hingegen einer solchen Idee offen gegenüber. Vielleicht ist das kein Zufall: auch die KSZE war bei uns schon immer bekannter als in den USA.

SIN:

Heute sollten wir offen sein und keine Lösung von vornherein ausschliessen. Die Schweiz möchte auf alle Fälle verhindern, dass aus den 35 (KSZE-)Staaten 33 werden (ohne USA und Kanada).

R:

Soll die UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) neue Aufgaben übernehmen? Genscher scheint von dieser Idee nicht sehr begeistert zu sein.

- 2 -

SIN: Von der Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz wurden die OECD und die ECE als taugliche Instrumente bezeichnet. Genscher sieht wohl vorab auch eine Rolle für die EG. Aber die ursprünglich vielversprechende EG-Koordination der Hilfe für Polen und Ungarn entpuppte sich bisher vor allem als Informationsaustausch; eine gemeinsame Politik wurde bisher nicht formuliert.

R: Im schwedischen Parlament (nicht allerdings in der schwedischen Öffentlichkeit) sollen 90 Prozent für einen EG-Beitritt sein.

SIN: Bei uns entscheidet in letzter Instanz das Volk. Es ist ungewiss, ob das Schweizervolk Ja zum EWR sagen würde (Abbau von Volksrechten wie Initiative/Referendum/Mitentscheidung). Die Frage wirft für uns mehr Probleme auf als für andere Staaten.

R: Die neue Architektur Europas interessiert uns stark, denn die Rahmenbedingungen ändern. Früher war es klar: hier sind wir, dort sind die andern. Heute ist es schwieriger geworden, die Tschechoslowakei oder Ungarn als "die Andern" zu sehen, wenn diese Länder sich doch zu uns zählen wollen.

SIN: stellt die Frage nach der zukünftigen Rolle der NATO im neuen Europa.

R: Ungarn und weitere Staaten des WAPA haben ihr Interesse bekundet, zur NATO Beziehungen aufzunehmen. Auch wenn hierbei wohl vorallem der Wunsch dahintersteckt, den sowjetisch kontrollierten Ostblock endgültig zu verlassen, würde die NATO dadurch natürlich verändert.

SIN: Welches Interesse könnte die NATO an einem Beitritt Ungarns haben? Würde dadurch die Stabilität erhöht?

R: Das sind im Moment alles nur Diskussionen, auch die Möglichkeit einer Neutralität Ungarns wurde ja wiederholt zur Sprache gebracht.

(Pierre-Th. Braunschweig)

331.0 - BR/DS

Ottawa, 30. April 1990

Aktennotiz

Gespräch mit de Montigny Marchand,
 Under-Secretary of State for External
 Affairs/MAE

(Ottawa, 26. April 1990)

Marchand (M.):

umreißt Kanadas Interesse an Europa: "Le Canada est une nation et un pays européen." Obgleich geographisch weit entfernt, haben die Kanadier ihre europäische Herkunft nicht vergessen. Am sowjetischerseits stipulierten gemeinsamen europäischen Haus will auch Kanada teilhaben: "Nous sommes pour le maintien inaltérable du lien atlantique". Kanada engagiert sich zu diesem Zweck in drei multilateralen Organisationen: An erster Stelle in der NATO. Auch wenn veränderte Bedürfnisse zu Anpassungen der Allianzorganisation zwingen, bleibt die Bedeutung der NATO als Bindeglied Kanadas zu Europa unverändert. An zweiter Stelle steht das Engagement in der KSZE, wobei hier ebenfalls Anpassungen notwendig sind. Vorab gilt es, die Bereiche "Wirtschaft" und "Sicherheit" zu verstärken. Die Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz zeitigte ein sehr befriedigendes Ergebnis. Es ist allerdings nötig, Instrumente zu schaffen, die dafür sorgen, dass die Umbildung der osteuropäischen Volkswirtschaften Strukturen schafft, die mit der westlichen kompatibel sind. Bei allem muss man zweckmässig handeln: wenn Organisationen ausgedient haben, soll man sie nicht künstlich am Leben erhalten. An dritter Stelle kommt die EG. Die westeuropäische Integration fasziniert uns, weil hier die Entwicklung umgekehrt verläuft als in Kanada (weg vom Föderalismus zu einheitlichem Staatsgebilde.). Wir sind an stärkeren und formelleren Beziehungen mit der EG interessiert (Assoziation).

Soll die Zwölfergemeinschaft eigene Sicherheitsstrukturen schaffen? Wir sind nicht gegen eine Wiederbelebung der WEU und ihre Erweiterung auf zwölf Mitglieder. Ich glaube nicht, dass sich dadurch der Einfluss der NATO verringert.

Stahelin (SIN.):

Wir stecken in einer Uebergangsphase; Voraussagen sind deshalb schwierig. Die Rolle der NATO war bisher durch die östliche Bedrohung definiert; auch wenn der WAPA de facto keine grosse Bedrohung mehr darstellt, haben wir am Weiterbestehen der NATO ein Interesse: im Rahmen des Abrüstungsprozesses hat die Allianz eine bedeutsame Aufgabe zu erfüllen. Was die europäische Verteidigung betrifft, wäre es für die Schweiz wichtig zu wissen, ob die EG eigene Sicherheitsstrukturen aufbaut. Doch das ist ungewiss. Auch weiss niemand, ob die Deutschen nach sowjetischem Truppenabzug noch

fremde Truppen auf ihrem Territorium dulden werden. Die Schweiz möchte sich so eng wie möglich dem EWR anschliessen. Doch machen uns heikle Probleme betreffend freien Personenverkehr und Mitbestimmung im EWR zu schaffen. Auch stecken wir unter Zeitdruck, da über das Ganze eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss. Ein Vollbeitritt zur EG ist nicht opportun und wird im Moment auch von Brüssel nicht gewünscht. Die Rolle der EG in Europa ist wichtig, sie hat sich jedoch mit den Ereignissen in Osteuropa geändert.

M.: erkundigt sich nach dem Verhältnis EFTA-EG.

SIN: Wir wollen aus der EFTA keine Mini-EG machen. Was die KSZE betrifft, sind wir der gleichen Auffassung: die OECD genügt, wir sollten "double emploi" vermeiden und nicht daneben eine KSZE-Wirtschaftsorganisation aufbauen. Wir halten dafür, wenn immer tunlich, bereits bestehende Organisationen zu nutzen.

SIN erkundigt sich nach der kanadischen Beurteilung des Europarats und erwähnt die Initiative von Nationalrat Sager. Danach wären Statuten zu schaffen, die der Sowjetunion, USA und Kanada eine Assoziation ermöglichen würden. So könnte der Europarat alle 35 Staaten der KSZE umfassen.

M. Diese Idee erscheint uns nicht besonders interessant. Wir würden dadurch gewissermassen durch die Gnade der europäischen Länder erst nach Prüfung unseres demokratischen Verhaltens Mitglied werden; der Europarat ist noch weit davon entfernt, auch nur die Staaten Europas zu umfassen. Die KSZE hingegen hat bereits ihre Nützlichkeit als taugliches Instrument zwischen Ost und West unter Beweis gestellt. Kanada zieht es vor, die KSZE zu verstärken. Das bedingt nicht gezwungenermassen einen aufwendigen bürokratischen Apparat. Eines ist für Kanada wesentlich: alle Sicherheitsstrukturen für Europa, wie sie schliesslich auch aussehen mögen, müssen atlantische Komponente enthalten.

SIN: Es ist unabdingbar, dass USA und Kanada weiterhin eine Rolle in Europa spielen - das wünscht im übrigen auch die Sowjetunion.

M: bestätigt.

SIN: übermittelt im Namen des Bundesrates Einladung an Premierminister Mulroney, die Schweiz zu besuchen.

(Pierre-Th. Braunschweig)

331.0 - BR/DS

Ottawa, 2. Mai 1990

Round Table Discussion

mit Jacques S. Roy, Assistant Deputy Minister, Europe Branch/MAE, und weiteren Beamten des kan. Aussenministeriums

(Ottawa, 27. April 1990)

a) bilaterale Beziehungen

Roy (R.):

bedauert beinahe, dass keine bilateralen Probleme vorliegen, wo sich die gegenseitigen Beziehungen bewähren müssten. Wir haben viel Gemeinsamkeiten. Auf internationaler Ebene entspricht das Verhältnis Kanadas zu den USA ungefähr jenem der Schweiz zur EG: als jeweiliger bedeutendster Handelspartner verfügen unsere beiden Länder über einen besonderen Zugang zu den USA bzw. zur Zwölferegemeinschaft. Auf bilateraler Ebene nimmt die Schweiz unter Kanadas Handelspartnern den 15. Rang ein, was angesichts der Kleinheit des Landes sehr bemerkenswert scheint. Direkten Kontakt mit der Schweiz verschafft auch das alljährliche Davoser Symposium des World Economic Forum, das zunehmend auf kanadisches Interesse stösst.

Stahelin (SIN.):

bestätigt die guten gegenseitigen Beziehungen und wiederholt die Einladung des Bundesrates an Premierminister Mulroney zu einem Besuch in der Schweiz. Er erinnert an die schweizerischen Desiderata betreffend Besserstellung unserer Banken und weist darauf hin, dass auch mit Bezug auf schweizerische Lebensversicherungsgesellschaften ein Problem besteht im Vergleich zu US-Gesellschaften. Andere bilaterale Fragen wie pharmazeutische Brevets, Schutz des schweizerischen Hoheitszeichens, Käse- und Alkoholimporte sowie laufende Verhandlungen über Abkommen im Bereiche der Rechtshilfe und der Auslieferung können aus Zeitgründen nicht vertieft werden. SIN unterstreicht, dass sich der enge Kontakt zwischen der Schweiz und der EG unter anderem darin äussert, dass unser Land der EG 1 Mio. Arbeitsplätze sichert, (wovon 600'000 in der Schweiz und 400'000 durch schweizerische Arbeitgeber in den Ländern der Zwölferegemeinschaft).

b) Architektur Europas

SIN: beschreibt die gegenwärtige Lage (beschleunigte Integration in Westeuropa, Desintegration in Osteuropa, abnehmende Stabilität, Notwendigkeit neuer Sicherheitsstrukturen). Die kanadische und amerikanische Präsenz in Europa bleibt nach wie vor wichtig. Wir sollten nach Möglichkeit bestehende Organisationen benutzen. Für wirtschaftliche Probleme stehen EFTA, EG, COMECON, ECE, OECD zur Verfügung, für Menschenrechte

- 2 -

und für kulturelle Fragen der Europarat (der auf 35 Mitglieder und Assoziierte erweitert werden könnte) und für Sicherheitsaspekte die KSZE.

R.: Kanada rechnet damit, die Sowjetunion werde schliesslich ein in die NATO eingebundenes vereinigtes Deutschland akzeptieren. Noch immer ist die Zustimmung der Oeffentlichkeit für eine kanadische Truppenpräsenz in Europa sehr hoch. Ob Deutschland nach seiner Vereinigung aber fremde Truppen auf seinem Territorium dulden wird, ist fraglich. Pläne, den kanadischen Stützpunkt Lahr/BRD in eine Ausbildungsstätte für friedenserhaltende Aktionen umzuwandeln, werden zur Zeit in Ottawa studiert. Bezüglich Europarat wäre Kanada daran interessiert, sein Engagement als Beobachter in der Parlamentarischen Versammlung auszubauen und ein assoziiertes Mitglied zu werden. In der KSZE ist Kanada Vollmitglied und will es auch bleiben. Wir sind für einen massvollen Ausbau zu einer ständigen Organisation. Nach dem Erfolg der Bonner Wirtschaftskonferenz sollte eine Art regelmässiges Ueberprüfungsverfahren der erzielten Fortschritte vereinbart werden. Ausserdem will Kanada in Kopenhagen (zweite Tagung der Conférence sur la dimension humaine, 5. - 29. Juni 1990) eine Reihe von konkreten Vorschlägen unterbreiten; sie betreffen insbesondere freie Wahlen und verbesserte Mechanismen, um individuelle Beschwerden wegen Verstössen gegen die KSZE-Vereinbarungen zu behandeln.

(Pierre-Th. Braunschweig)